



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 02.11.2021**

***öffentlich***

---

**Ort:**                    **Konzerthalle Ulrichskirche  
Christian-Wolff-Straße 2  
06108 Halle (Saale)**

**Zeit:**                   **17:00 Uhr bis 18:45 Uhr**

**Anwesenheit:**       **siehe Teilnahmeverzeichnis**

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Claudia Schmidt	Ausschussvorsitzende CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme ab 17.02 Uhr
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle Vertreter für Herrn Heym Teilnahme ab 17.06 Uhr
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Schaper Teilnahme bis 18.21 Uhr
Ada-Merve Grießer	Schülerrat der Stadt Halle (Saale) Teilnahme ab 17.48 Uhr
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner Teilnahme ab 17.09 Uhr
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Friedrich Lemberg	Sachkundiger Einwohner Teilnahme ab 17.05 Uhr
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung & Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schule
Melanie Hirsch	Leiterin Team Schulsanierung
Fabian Kirchner	Stadtplaner
Christin Bläßfeld	Stellvertretende Protokollführerin

## **Entschuldigt fehlten:**

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es gab keine Einwohnerfragen.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Schmidt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Bildungsausschusses fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine Wortmeldungen zur Tagesordnung, sodass **Frau Schmidt** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

*Es wurde folgende Tagesordnung festgelegt:*

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2021
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020  
Vorlage: VII/2021/03114
- 4.2. 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030  
Vorlage: VII/2020/01534
- 4.3. Änderung des Baubeschlusses zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium, Bauabschnitte 2 und 3  
Vorlage: VII/2021/02681
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 10.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2021
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Beantwortung von mündlichen Anfragen
16. Anregungen

**zu 3            Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1        Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.10.2021**

---

**Frau Dr. Burkert** hatte zur Niederschrift vom 05.10.2021 einen Einwand. Zum Tagesordnungspunkt 8.5 sollte folgende Ergänzung vorgenommen werden:

***Frau Dr. Burkert** bat außerdem um Erklärung, warum es mehrere Monate gedauert hat, bis der ehemalige Schüler die Spendenquittung für die gespendeten Laptops erhalten hat.*

Über die Begründetheit dieser Einwendung wird in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses abgestimmt. Somit wurde die Bestätigung der Niederschrift vertagt.

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 4.1      **Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020** **Vorlage: VII/2021/03114**

---

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass die Übersicht zur Beantwortung der Fragen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 im Sitzungsdienst Session hinterlegt wurde.

**Frau Dr. Wünscher** kritisierte die Kurzfristigkeit, mit der die Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden.

**Frau Brederlow** schlug vor, die Antworten zu den Anfragen aus der Sitzung des Bildungsausschusses vom 05.10.2021 vorzulesen.

**Frau Schmidt** nahm den Vorschlag im Namen des Ausschusses unter dem Vorbehalt an, dass die Ausschussmitglieder erst im Anschluss darüber urteilen können, ob diese Vorgehensweise noch akzeptabel ist.

**Frau Brederlow** verlas im Folgenden die Fragen und Antworten im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022, die den Bildungsausschuss betreffen.

**Herr Lange** bezog sich auf die Grundschule Am Kirchteich und fragte, wie das Investitionsgeschehen hinsichtlich der Änderung des Baubeschlusses zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium in den kommenden Jahren gestalten wird.

**Herr Heinz** sagte, dass die ursprüngliche Verpflichtungsermächtigung aus der Grundschule Am Kirchteich wegen einer Projektverschiebung für dieses Objekt in diesem Jahr nicht nutzbar ist. Daher wird diese für die Änderung des Baubeschlusses zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium verwendet.

Er wies darauf hin, dass die geplanten Bauprojekte an städtischen Schulen nicht gemäß Haushaltsplan 2021 abgeschlossen werden können, da sich die Marktsituation im Baugewerbe deutlich geändert hat.

**Herr Heinz** sagte, dass die geplanten Maßnahmen für die Grundschule Am Kirchteich daher zeitlich nach hinten verschoben werden und in jeder laufenden Haushaltsabstimmung mit der Kommunalaufsicht für die kommenden Jahre berücksichtigt werden.

**Herr Lange** fragte, wann die Baumaßnahme an der Grundschule Am Kirchteich umgesetzt wird und ob eine Abstimmung mit der Schule dazu erfolgt ist. Er gab überdies zu bedenken, dass die Baukosten jährlich steigen und die Möglichkeit besteht, dass ein solcher umfangreiche Kreditrahmen nicht mehr gewährleistet wird.

**Herr Heinz** erklärte, dass die Aufgabenstellung aktualisiert und präzisiert wurde, sodass eine Projektierung in 2022/2023 möglich ist. Somit werden in 2023 die entsprechenden Ausschreibungen vorbereitet, sodass die eigentliche Bauleistung in 2024 erfolgen wird.

**Herr Heinz** sagte, dass mit der Schulleitung stets Kontakt gehalten wird und eine Information dazu an die Schule erfolgen wird.

**Frau Ranft** bezog sich auf den Standort Ottostraße auf Seite 1.072 und die Sporthalle auf Seite 1.077. Sie fragte, wann Maßnahmen für den Brandschutz und die Sporthalle

vorgesehen sind.

**Herr Heinz** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Schmidt** nahm Bezug auf die Grundschule Am Kirchteich und fragte, ob es eine Bevorzugung bei der Projektumsetzung gibt, damit die Digitalisierungsmaßnahmen schnell umgesetzt werden können.

**Herr Heinz** sagte, dass sämtliche Schulen im Stadtgebiet in absehbarer Zeit mit einer modernen Verkabelung versehen und mit neuester Technik ausgestattet werden. Bei der Grundschule Am Kirchteich wird trotz der Projektverschiebung die IT-Verkabelung in Teilen separat vorgezogen, sodass eine zeitnahe Bereitstellung von Räumen mit nutzbarer IT-Technik gewährleistet ist.

**Herr Scherer** bezog sich auf den Ansatz für das kostenlose Schülerticket, der für 2022 auf null gesetzt ist und bat um Erklärung dazu.

**Frau Brederlow** sagte, dass es für das kostenlose Schülerticket keinen Stadtratsbeschluss gibt und die Einführung dessen in absehbarer Zeit für das Stadtgebiet Halle nicht geplant ist.

**Frau Schmidt** wies abschließend noch einmal auf den Missstand hin, dass die Übersicht zur Beantwortung der Fragen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 nicht rechtzeitig vorlag. Sie stellte fest, dass sich kein Mitglied im Bildungsausschuss dagegen ausspricht, eine Beschlussfassung vorzunehmen, um die Beratungsreihenfolge zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 nicht nach hinten zu verschieben.

**Frau Schmidt** bat im Folgenden um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit dem Haushaltsplan 2022.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zur Kenntnis.

**zu 4.2**      **3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Sozialer Zusammenhalt Neustadt 2030**  
**Vorlage: VII/2020/01534**

---

**Herr Kirchner** führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

**Herr Lange** begrüßte das Vorhaben, kritisierte jedoch, dass keine Präsentation zur Veranschaulichung des Konzeptes vorlag.

**Herr Kirchner** sagte, dass zur Beratung im Planungsausschuss eine Präsentation vorliegen wird.

**Herr Lange** bezog sich auf die Gestaltung der Grünstreifen und die geplante Nachverdichtung und fragte, ob die Bundesstraße 80 mit einer Lärmschutzwand versehen werden kann. Weiterhin nahm er Bezug zur beschriebenen Imageförderung und bemängelte die fehlende Einbeziehung der Geschichtswerkstatt.

**Herr Kirchner** sagte, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt besteht und verwies in diesem Zusammenhang auf die Richard-Paulick-Ausstellung in der Scheibe A. Bezüglich der Lärmschutzwand gab er zu bedenken, dass die Zuständigkeit beim Bund liegt und zunächst eine Fläche gefunden werden muss, auf der die entsprechende Lärmschutzwand installiert werden kann.

Er sagte außerdem, dass es im Bereich des Südparks eine leichte Erhöhung gibt, durch die bereits ein Schutz gegeben ist. An anderen Stellen soll durch eine kreative Reihenhausbauung zudem ein passiver Lärmschutz erreicht werden

**Herr Scherer** fragte, ob es Pläne für das Gebäude des ehemaligen Finanzamtes am Gimritzer Damm gibt und ob dies als Bildungsstandort genutzt werden kann.

**Frau Brederlow** sagte, dass es sich bei dem Gebäude um eine Liegenschaft des Landes handelt und es nicht vorgesehen ist, dort einen Bildungsstandort zu etablieren.

**Herr Kirchner** sagte, dass es von Seiten der Abteilung Stadtplanung bisher keine konkreten Pläne für das Gebäude gibt.

**Herr Schachtschneider** bezog sich auf Punkt zwei der Maßnahmengruppen „Schaffung und Herstellung von Kultur- und Sportstätten“, für die 100.000 Euro eingeplant wurden. Er fragte, was mit diesen Mitteln geschaffen werden soll.

**Herr Kirchner** sagte, dass für die Maßnahmengruppen erst einmal Finanzmittelansätze eingeplant wurden, um schnell mögliche Ideen umsetzen zu können, ohne nochmals auf den Fördermittelgeber zugehen zu müssen.

**Herr Lembert** bezog sich auf Seite 45 des Konzeptes und den dort beschriebenen Abbau von Sprachbarrieren und die Integration der Eltern in die Elternarbeit. Er fragte, ob die geplanten 70.000 Euro für das Quartiersmanagement ausreichen, um diese Quote signifikant zu steigern.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies nicht über das Quartiersmanagement erreicht werden kann. Diese Prozesse werden vom Quartiermanagement lediglich unterstützend begleitet und koordiniert. Sie wies darauf hin, dass demnächst im Bildungsausschuss der Bedarfs- und Entwicklungsplan Kita beraten wird, in dem weitere Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe enthalten sind.

**Herr Dr. Lochmann** bezog sich auf den vergleichbar hohen SGB II Anteil bei den Kindern in der südlichen Neustadt und fragte, ob das vorliegende Konzept an diesen Stellen verstärkt Maßnahmen vorsieht als in der vorherigen Konzeption.

**Frau Brederlow** führte den Campus Kastanienallee beispielhaft als weitere Maßnahme an und wies darauf hin, dass es in verschiedenen Bereichen Angebote geben wird, um die vielen Zielgruppen zu erreichen.

**Herr Lange** fragte, ob die soziale Durchmischung bei der Konzepterstellung berücksichtigt wurde, z. B. für den Bereich Kunst und Kultur, und ob für andere imagefördernde Projekte Mittel zur Verfügung stehen.

**Herr Kirchner** sagte, dass nicht für alle Maßnahmengruppen gezielt Maßnahmen hinterlegt wurden, sodass ein gewisser Spielraum gegeben ist. In Bezug auf Kulturveranstaltungen verwies er auf den Verfügungsfonds „Sozialer Zusammenhalt Neustadt“ im Rahmen der Städtebauförderung, der bereits beschlossen wurde und durch den kleinere Projekte schneller gefördert werden können.

**Herr Slowig** fragte, ob es Pläne für das ehemalige Kino im Neustadtcenter gibt.

**Herr Kirchner** sagte, dass der Bebauungsplan 52 aufgrund der Insolvenz des Kinobetreibers zunächst gestoppt wurde, da mögliche Änderungen im Bebauungsplan notwendig werden. Er merkte an, dass man mit dem Eigentümer des Neustadtcenters in Kontakt steht und ein potentieller Nachmieter für das Kino zur Diskussion steht.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die 3. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Sozialer Zusammenhalt“ Neustadt 2030 in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Sozialer Zusammenhalt“ in Neustadt.
2. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltsjahren erfolgen.

**zu 4.3 Änderung des Baubeschlusses zur Sanierung des Gesamtkomplexes  
Lyonel-Feininger-Gymnasium, Bauabschnitte 2 und 3  
Vorlage: VII/2021/02681**

---

**Frau Hirsch** führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung.

**Herr Schiedung** fragte, warum nicht bereits im Rahmen der Projektierung ein Gutachten zum Dach erstellt wurde und wie hoch die Kosten dafür ausfallen. Er kritisierte außerdem die im Vorfeld der Planung augenscheinlich nicht umfangreich durchgeführte Prüfung der Böden und der Fassade sowie die Frage der zu installierenden Aufzüge. Weiterhin fragte er, ob es für den Dachboden einen barrierefreien Zugang geben wird und warum die Fahrradabstellanlagen in Anbetracht der hohen Schülerzahl von 190 auf 132 verringert werden sollen.

**Frau Hirsch** sagte, dass die Historie der Gutachtenerstellung aufgearbeitet und schriftlich nachgereicht wird. Sie erklärte, dass der Aufzug nicht bis ins Dachgeschoss fahren wird und dass vollumfängliche statische Begutachtungen im Voraus nicht möglich sind, wenn das Gebäude noch genutzt wird. Bezüglich der Bestandsrisiken wies sie darauf hin, dass während des Baues Flächen vorab angenommen werden, die während der Ausführungsphase explizit überall begutachtet werden und dabei Abweichungen entstehen können. Hinsichtlich der Fahrradabstellplätze verwies sie auf einen Schülerwettbewerb, der umgesetzt wurde und bei dem lediglich 132 Fahrradabstellplätze vorgesehen wurden. Auf dieser Basis wurde zwischen der Verwaltung und der Schulleitung eine Lösung zugunsten des Schülerwettbewerbs abgestimmt.

**Herr Schiedung** kritisierte die fehlende Barrierefreiheit des Dachgeschosses und die fehlende Information der Stadträte bezüglich der Fahrradabstellplätze, um alternative Flächen zu finden.



**Frau Hirsch** sagte, dass eine Prüfung erfolgt, im öffentlichen Raum Stellplätze zur Verfügung zu stellen.

**Frau Schmidt** fragte, ob geprüft wurde, Gabelhalter mit einem erhöhten Anlehnbügel zu nutzen.

**Frau Hirsch** sagte, dass gemäß Richtlinie abgestimmt wurde, Hoch/Tief-Bügel zu verwenden, eine Prüfung der benannten Variante jedoch möglich ist.

**Herr Lange** äußerte seinen Unmut über die geringe Anzahl der Fahrradstellplätze, die unzureichende Größe des Schulhofes sowie die nicht geschaffene Barrierefreiheit des Dachgeschosses und sagte, dass er sich bei der Abstimmung enthalten wird.

**Frau Hirsch** sagte eine Prüfung zu, ob eine Möglichkeit zur Nutzung eines Stuhlliftes besteht.

**Herr Schachtschneider** bezog sich auf die Begründung der entstehenden Mehrkosten und fragte, inwiefern die Corona-Pandemie zu höheren Baukosten führt. Er nahm Bezug zu den Ausführungen von Herrn Schiedung und äußerte ebenfalls seinen Unmut über die unzureichende Begutachtung des Gebäudes im Rahmen der Projektierung.

**Herr Dr. Lochmann** bezog sich auf die Fahrradabstellplätze und sagte, dass die Prüfung zur Schaffung von Stellplätzen außerhalb des Schulgeländes Bestandteil des gefassten Baubeschlusses aus dem Jahr 2018 war und bat um Erklärung, warum diese Prüfung noch nicht abgeschlossen ist.

**Frau Hirsch** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Raue** fragte, ob es sich bei der angrenzenden Volkshochschule „Adolf Reichwein“ um ein städtisches Gebäude handelt und warum die Idee zur Einrichtung einer Dachterrasse auf diesem Gebäude zur Nutzung als Schulhof verworfen wurde.

**Frau Hirsch** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Lemberg** fragte, wie viele Schüler dieser Schule einen Integrations- und Förderbedarf in Bezug auf die Barrierefreiheit haben.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein Bedarf diesbezüglich gegeben ist, jedoch künftig Bedarf entstehen kann.

**Herr Raue** verwies auf seine Anfragen und fragte, ob rechtliche Hinderungsgründe für die Einrichtung einer Dachterrasse vorlagen.

**Frau Brederlow** sagte, dass es sich bei der Volkshochschule „Adolf Reichwein“ um ein städtisches Gebäude handelt und die Ablehnungsgründe schriftlich nachgereicht werden.

**Frau Ranft** fasste die Diskussionspunkte zusammen und wies drauf hin, dass dazu bereits im Zuge der ursprünglichen Beschlussfassung umfangreich diskutiert wurde und man gemeinsam zu dem vorliegenden Ergebnis gekommen ist. Sie appellierte an die Ausschussmitglieder, sich auf die aktuelle Beschlussfassung zu besinnen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Schmidt** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 28.03.2018 (VI/2017/03645) zur Sanierung des Gesamtkomplexes Lyonel-Feininger-Gymnasium mit einem erhöhten Kostenrahmen.
2. Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21701018.700 Projekt: Lyonel-Feininger-Gymnasium (HHPL Seiten 1072, 1295, 1317)

Finanzpositionsgruppe 785\* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 986.500 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.21101048.700 Projekt: Grundschule Am Kirchteich (mit Digitalpakt) (HHPL Seiten 1019, 1297, 1316)

Finanzpositionsgruppe 785\* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 986.500 EUR

**zu 5            Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 6            schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 7            Mitteilungen**

---

**zu 7.1        Bericht Projektstand Schulbauprojekte**

---

**Herr Dr. Lochmann** wies auf die signifikant angestiegenen Projektkosten hin und fragte, wie diese zustande kommen.

**Herr Heinz** sagte, dass die abgebildeten Zahlen dem aktuellen Marktgeschehen angepasst wurden.

**Frau Henke** bezog sich auf den Bauverzug bei der Grundschule „Albrecht Dürer“ und fragte, ob der Termin zur Fertigstellung im dritten Quartal 2023 gehalten werden kann. Sie fragte, ob eine halbjährliche Information zum Baufortschritt an die Schule erfolgen kann.

**Herr Heinz** sagte, dass der Termin gehalten werden kann und eine laufende Kommunikation angestrebt wird.

**Herr Schachtschneider** bat um Erklärung der Ampelfarben in dem Bericht.

**Herr Heinz** sagte, dass Grün bedeutet, dass alles in Ordnung ist, Rot weist auf einen aktuellen Handlungsdruck hin und Gelb ist meist mit Verzögerungen versehen, jedoch ist die Maßnahme gesichert.

**Herr Schiedung** bezog sich auf den Ausweichstandort der BBS Dreyhaupt. Er sagte, dass gemäß der ursprünglichen Planung der Umzug der Schüler/innen aus dem Berufsförderungswerk im Februar stattfinden sollte. Nun verweist der Bericht auf das zweite Quartal. Er fragte, ob es dazu genaue Termine gibt und ob der Zeitablauf für den Rückbau gefährdet ist.

**Herr Heinz** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Schachtschneider** bezog sich auf die IT-Ausstattung von Schulen und wies darauf hin, dass laut Bericht noch neun Schulen bis Ende des Jahres ausgestattet werden müssen. Er fragte, wie dies umgesetzt werden soll.

**Herr Heinz** sagte, dass die Bezeichnung „offene Schulen“ bedeutet, dass bereits eine Verkabelung erfolgt ist und momentan die Ausstattung beschafft wird, für die bereits Lieferverträge vorliegen. Die Umsetzung erfolgt daher noch in diesem Jahr.

**Frau Schmidt** bat um eine Gegenüberstellung des ursprünglichen Baubeschlusses inkl. Zeit- und Kostenplan mit der aktuellen Prognose inkl. Zeit- und Kostenplan für künftige Berichte.

**Herr Heinz** sagte dies zu.

## **zu 8        Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1      Frau Dr. Burkert zur Berufsorientierungsmesse**

---

**Frau Dr. Burkert** bezog sich auf die Berufsorientierungsmesse vom 20. Oktober 2021 im „Sparkassen Eisdome“ und fragte, ob die Öffnungszeiten bis in die späten Nachmittagsstunden verlängert werden können.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies mit dem Veranstalter besprochen wird.

## zu 8.2 Herr Schachtschneider zu CO2-Ampeln

---

**Herr Schachtschneider** fragte, ob bis Jahresende 2021 alle Unterrichtsräume mit CO2-Ampeln ausgestattet werden.

**Her Heinz** sagte, dass die Lieferantenverträge bereits geschlossen wurden und eine Umsetzung bis Dezember 2021 erfolgen wird.

## zu 8.3 Frau Ranft zum Schulwegeplan der Grundschule Reideburg

---

**Frau Ranft** fragte, wann ein sicherer Schulweg für die Schüler/innen aus der Delitzscher Straße geschaffen wird. Die Eltern haben eine Antwort erhalten, dass der sichere Schulweg eine Querung der Delitzscher Straße auf der Höhe Paul-Singer-Straße vorsieht. Diesen Weg nehmen aber viele Schüler nicht. Zudem gibt es in diesem Bereich kein erhöhtes Unfallgeschehen und es wird hier deshalb keine Ampel errichtet. Sie bat dies nochmals zu überprüfen und sprach sich für eine Ampel aus.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

## zu 8.4 Herr Dr. Lochmann zur Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“

---

**Herr Dr. Lochmann** bezog sich auf die Beschlussfassung zur Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“ aus der Stadtratssitzung vom 27.10.2021 und die der Vorlage beigefügte Baumfällliste. Er bat um Prüfung, ob die Roteiche im geplanten grünen Klassenzimmer stehen bleiben kann.

**Frau Hirsch** sagte eine Prüfung beim Vororttermin am 03.11.2021 und eine Information zu.

## zu 8.5 Herr Schiedung zum Jugendparlament

---

**Herr Schiedung** bat um Mitteilung des Sachstandes zum Jugendparlament.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

## Zu 8.6 Frau Dr. Burkert zur Ausstattung der Schulhausmeister

---

**Frau Dr. Burkert** sagte, dass Schulhausmeister zum Teil nicht ausreichend mit Werkzeugen und Rasenmähern ausgestattet sind, sodass private Werkzeuge genutzt werden müssen. Sie fragte, wie die Stadtverwaltung die Situation der Schulhausmeister diesbezüglich einschätzt. Weiterhin führte sie aus, dass die Dienstwagen nicht groß genug sind, um die Werkzeuge zu transportieren. Zudem werden die Schulhausmeister angehalten, Corona-Schnelltests an den Schulen zu verteilen, was eine Mehrbelastung darstellt. Sie fragte, ob hierfür zusätzliches Personal eingeplant wird.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Corona-Schnelltests in einem zweiwöchigen Zyklus abgeholt und verteilt werden. die Verteilung wird jedoch durch die Schule sichergestellt.

**Herr Heinz** sagte, dass keiner der 60 Schulhausmeister bisher mit derartigen Problematiken an die Stadtverwaltung herangetreten ist. Er sagte eine Prüfung des Sachverhaltes zu.

## zu 9      **Anregungen**

---

### zu 9.1      **Herr Scherer zur Schulhofgestaltung der Grundschule Silberwald und Förderschule „Janusz Korczak“**

---

**Herr Scherer** regte an, ein Schließsystem am Schulhof zu etablieren, um den Zugang zum Basketballplatz während der Unterrichtszeit zu unterbinden.

### zu 9.2      **Herr Raue zur Prüfung von Heizkörpern**

---

**Herr Raue** bezog sich auf die geplante Installation von CO2-Ampeln und bat um Überprüfung der Heizkörper in Bezug auf das bevorstehende Lüftungsverhalten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Schmidt** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Claudia Schmidt  
Ausschussvorsitzende

---

Christin Blaßfeld  
Stellvertretende Protokollführerin